

Inhalt

**Erneuerung beginnt
in den Kommunen** 1

**Sachsens Denkmalpflege
in Gefahr** 1

Editorial 2

**Sparen „bis die Tränen
kommen“?** 3

**Sachsens Abfallpolitik wird
untersucht**

Müllimportstrategien
unter der Lupe 4

Feuer in Delitzsch 5

**GRÜNER Gesetzentwurf:
Die Sonne braucht keine
Genehmigung!** 6

**Alle zusammen? Der schwierige
Weg zu einer Schule für alle** 6

**Staatsregierung ignoriert
Lehrermangel** 7

**GRIBS – der Sächsische
Kinderrechtspreis** 7

**Kürzungen im Jugend- und
Sozialbereich gehen an die Substanz** 7

Termine 8

Grüne Spitzen

Lärm nervt und macht krank

Publikationen

Impressum

Erneuerung beginnt in den Kommunen



Foto: iStockphoto.com

„Die Verwaltung wird durch die Staatsregierung, die ihr unterstellten Behörden und durch die Träger der Selbstverwaltung ausgeübt“ – so ist es in Artikel 82 der sächsischen Verfassung nachzulesen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte jetzt mit einer Kleinen Anfrage herausfinden, in welchem Umfang staatliche Aufgaben von den sächsischen Kommunen erledigt werden (müssen). Die Frage konnte die Regierung zwar nicht exakt beantworten – klar ist nur: die Zahl ist groß und sie wird weiter wachsen. Die GRÜNE-Fraktion begrüßt diese Entwicklung grundsätzlich. Denn der Vorteil der

Verwaltungen in Gemeinden und Kreisen liegt in der örtlichen Kompetenz, mit der verschiedene staatliche Leistungen aus einer Hand erbracht werden können. Die Auswirkungen politischer Entscheidungen, die von gewählten ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und -trägern getroffen werden, sind konkret erlebbar. Allerdings müssen die Kommunen dafür auch in der Lage sein, staatliche Leistungen anzubieten und umzusetzen. Das steht angesichts ihrer finanziellen Lage in Zukunft jedoch mehr und mehr in Frage. Denn die Kommunen sind besonders hart von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen.

Sachsens Denkmalpflege in Gefahr

Die Staatsregierung plant ein neues Denkmalschutzgesetz. Im aktuellen Arbeitsentwurf ist eine erneute Kategorisierung in wertvolle und weniger wertvolle Denkmale vorgesehen. Für geschätzte 80 Prozent aller landesweiten „Denkmale zweiter Klasse“ wäre nicht mehr das Landesamt für Denkmalpflege zuständig, ihr Schutz wäre erheblich verringert. Bodendenkmale mit gesetzlichem Schutzanspruch wären nur noch Denkmale aus vor- und frühgeschichtlicher Zeit. Etliche mittelalterliche und neuzeitliche Bodendenkmale würden keinen Schutz

mehr genießen. Ersatzlos gestrichen werden sollen Kulturdenkmale von „städtebaulicher Bedeutung“. Städtische und dörfliche Einzeldenkmale wie etwa Vierseithöfe oder Umgebendehäuser – kurz Denkmale, die einen Schutz aufgrund ihres geringen Bekanntheitsgrades oder ihres nicht vordergründig sichtbaren Wertes dringend benötigen – sind davon betroffen.



Weiterführende Infos

www.gruene-fraktion-sachsen.de/8c1d8a75.l



Foto: Simanowski

Liebe Leserin, lieber Leser,

Verschiebung unmöglich: dieses Editorial muss jetzt geschrieben werden!

Leider ist von der knisternden Spannung, die derzeit hier im Landtag herrscht, kaum etwas zu vermitteln. Denn der alte Spruch „Nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern!“ ist längst überholt und gilt für unser Periodikum noch viel unbarmherziger.

Einige der Gedanken, die hier gerade durch die Räume schweben:

Wie viele Stimmen mehr für Joachim Gauck werden wir durch unsere gemeinsame Wahlliste mit der SPD im Landtag erringen können? Hat Joachim Gauck - für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Jens Reich 1994 der zweite Bundespräsidenten-Kandidat aus den Reihen der ehemaligen Bürgerrechtler der DDR - eine reale Chance bei der Wahl am 30. Juni?

Wird die Staatsregierung nach ihrer erneuten Klausur endlich konkrete Zahlen zu ihrem Spar-Doppelhaushalt vorlegen? Und wie sehen diese genau aus? Oder werden Öffentlichkeit und damit auch die Landtagsabgeordneten ein weiteres Mal im Dunkeln gelassen? Verändert die aktuelle Sonntagsfrage zur Landtagswahl, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei sagenhaften zwölf Prozent sieht,

die Arbeit unserer Fraktion? Und wenn ja, wie? Wenn diese Zeitung die Empfängerinnen und Empfänger erreicht, wird ein Teil dieser Fragen beantwortet sein.

Doch mit Sicherheit noch aktuell sind die Fragen, wie die sächsischen Kommunen durch die Krise kommen, wo die Staatsregierung diesmal ihre Spardosen versteckt und ob sie ihren Gesetzentwurf zur Denkmalpflege nachbessert.

Wie erfolgreich kann der Untersuchungsausschuss die Müllimportstrategie der Staatsregierung unter die Lupe nehmen oder wird die Arbeit ausgebremst? Kommen wir auf dem Weg für „Eine Schule für alle!“ in Sachsen endlich voran? Und wie viele Kinder beteiligen sich am 1. Sächsischen Kinderrechtspreis „GRIBS“, dem ersten Preis, den die GRÜNE-Fraktion ausschreibt?

Mehr dazu in diesem Heft. Und viel Spaß beim Lesen! Wenn es nicht anders geht, auch gern in Halbzeitpausen.

Denen, die Urlaub haben, einen erholsamen Sommer - wünscht

Andreas Jahnel

Pressesprecher

andreas.jahnel@slt.sachsen.de

Erneuerung beginnt in den Kommunen

Das wird sich am stärksten in den Jahren 2011 und 2012 auswirken. Das Wegbrechen des Finanzausgleichs und der Steuereinnahmen trifft zusammen mit einer chronischen Unterfinanzierung der Kommunen besonders den Osten. Sachsens Kommunen beziehen derzeit fast die Hälfte ihrer Einnahmen aus staatlichen Zuweisungen (siehe dazu auch der Artikel zum sächsischen Haushalt auf Seite 3). Umso empörender sind deshalb aus grüner Sicht schwarz-gelbe Gedankenspiele auf Bundesebene, die wichtigste eigene kommunale Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, abzuschaffen. Dem erteilen wir eine klare Absage. Vielmehr gilt es, die kommunalen Einnahmemöglichkeiten zu erweitern und die Kommunen dadurch zu stärken.

Vor Ort wird am ehesten deutlich, dass es sich beispielsweise lohnt, konsequent energetisch zu sanieren und dadurch Folgekosten zu sparen. Es wird sichtbar, was es heißt, wenn das Geld in den Bau überdimensionierter Straßen fließt aber die Schulen vergammeln. Die Energiewende mit der notwendigen Umstellung auf dezentrale Energieerzeugung aus erneuerbaren

Energien muss also zuerst bei den kommunalen Energieerzeugern funktionieren. Und auch die lebensferne und teure Trennung von Leistungen der Jugendhilfe, Bildungs- und Sozialpolitik sollte unbedingt durch eine integrierte, kommunale Politik ersetzt werden. Die sächsische Ministerialbürokratie kann das nicht leisten.

Zu erwarten ist leider eher, dass die Regierung darauf setzt, dass die Kommunen ihr Tafelsilber zur Überbrückung verkaufen. Bei dann heruntergefahrenen Sozial- und Umweltstandards könnte die CDU vor den nächsten Wahlen mit dem Doppelhaushalt 2013/14 wieder medienwirksam Geschenke verteilen. Gerade die kommunalen Stadtwerke und Wohnungsunternehmen sind aber die unverzichtbare Grundlage für eine nachhaltige Energieversorgung und für Lösungen der Probleme, die aus dem demografischen Wandel resultieren.

Hier mangelt es der Staatsregierung jedoch an Erkenntnis und/oder Willen. Teil des Problems ist, dass die CDU-geführte Regierung mit kommunaler Selbstverwaltung nichts anfangen kann. Das wurde schon bei der Kreisreform deutlich, mit der die Mitbestimmung der Kreisrätinnen und -räte in größeren Kreisgebieten geschwächt und die CDU-Landräte einseitig gestärkt wurden. Das Ergebnis ist eine schwache kommunale Demokratie. Nun

erhöht Innenminister Markus Ulbig den Druck auf die kleinen Gemeinden zu fusionieren. Nach seinem Willen soll es in Sachsen nur noch Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern geben. Etwa ein Drittel der vorhandenen Gemeinden ginge so verloren und die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger würde noch geringer.

Nach Ansicht der GRÜNEN-Fraktion bedeutet ein größeres Gemeindegebiet nicht automatisch mehr Effizienz. Im Gegenteil: oft werden in größeren Verwaltungseinheiten Potenziale verschüttet. Deshalb wollen wir Gemeindefusionen nicht zur Scheinlösung für alle erheben. Stattdessen soll eine aufgabenbezogene Zusammenarbeit stattfinden – gemeinsame Bauleitplanung statt konkurrierender Entwicklung teurer Baugebiete, gemeinsamer Betrieb von Kitas, Schulen und Pflegestützpunkten, kreisübergreifende Busnetze anstelle von Parallelverkehr von Bus und Bahn. Damit dies gelingt, muss besonders das veraltete und bürgerunfreundliche Gesetz zur Kommunalen Zusammenarbeit endlich überarbeitet werden. Vorschläge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz der Verwaltungsarbeit liegen im Landtag seit Jahren vor. Sachsens Kommunen könnten so Motor für einen sozialen und ökologischen Umbau werden.



Illustration: Moning-Bähr / Foto Sparschwein: fotolia.com

Sparen „bis die Tränen kommen“?

Sparen kann eine Lösung sein – insbesondere dann, wenn man wie die Staatsregierung relativ selbstherrlich bestimmen kann, ob bei der eigenen Verwaltung oder doch lieber bei anderen der Rotstift angesetzt werden soll. Denn die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger in der Jugend- und Sozialhilfe oder die Kommunen können sich im Gegensatz zur Ministerialbürokratie kaum wehren.

Generell ist für die Jahre 2011 und 2012 in der Mittelfristigen Finanzplanung 2009 bis 2013 vorgesehen, dass von jährlich 1,7 Milliarden Euro, die weniger zur Verfügung stehen, ca. 75 Prozent bei den Investitionen sowie den Zuweisungen an die Kommunen eingespart werden sollen. Der Rückgang bei den Investitionen war absehbar, da sich die finanzielle Unterstützung aus dem Solidarpaket II zum Aufbau Ost vereinbarungsgemäß pro Jahr um 200 Millionen Euro verringert.

Die Zuweisungen an die Kommunen sind hingegen an den Gleichmäßigkeitsgrundsatz gebunden. Der Absturz von 2010 auf 2011 um zirka ein Drittel der Landeszuweisungen ist für die Kommunen jedoch eine brutale Härte, die man mildern könnte, wenn die Staatsregierung mehr Anstrengungen zeigen würde. Zum

Vergleich: nicht einmal 25 Prozent der Einnahmerückgänge, weniger als 400 Millionen Euro, sollen bei den Ministerien selbst eingespart werden. Das Gedröhn vom „harten Sparen“ muss man also differenziert betrachten.

Hinzu kommt, dass außer der Staatsregierung niemand – auch nicht die Landtagsabgeordneten – Klarheit über den Haushalt hat. Niemand weiß konkret, ob wirklich so viel eingespart werden muss, wie angegeben oder vielleicht doch nicht. Denn die Staatsregierung hat eine Vielzahl von Rücklagen, die nur nach akribischer Lektüre des Vermögensberichts 2008, den endgültigen Jahresabschlüssen 2007 und 2008 und dem Bericht des Landesrechnungshofes zu „erahnen“ sind. Um das Ganze noch komplizierter zu machen: Es ist völlig unklar, inwieweit diese Rücklagen tatsächlich existieren und als wahres Geld auf der Bank Zinsen ausbrüten. Oder ob sie nur auf dem Papier als eine Kreditermächtigung existieren, die im Notfall gezogen und auf die bestehende Schuldenlast von 11,9 Milliarden Euro draufgerechnet werden müsste. Das würde bedeuten, dass die Staatsregierung mit Hilfe einer Umschuldung von Altschulden und zeitlichen Vorgriffen aufgrund der Kreditermächtigung

nur vorgaukelt, dass Sachsen seit drei Jahren ohne die Aufnahme neuer Schulden auskäme.

Offen ist derzeit auch, wie der Generationenfonds und andere Vermögen des Landes wieder aufgefüllt werden sollen, nachdem die Staatsregierung daraus Geld in einer erheblichen Höhe „geliehen“ hat. Diese Methode ist aus wirtschaftlichen Gründen in begrenztem Umfang zwar akzeptabel, mittlerweile ist die Höhe der Eigenbeleihungen, Kreditermächtigungen und nicht nachvollziehbaren Rücklagen jedoch atemberaubend.

So lange genügend Geld vorhanden war und keine drastischen Sparmaßnahmen anstanden, blieb dies weitgehend folgenlos. Doch bei den jetzt anstehenden Kürzungen, die eben so sensible Bereiche wie Kommunen, Bildung, Jugendarbeit und Soziales betreffen, ist ein transparenter Haushalt als Entscheidungsgrundlage das A und O.

Schließlich macht es einen deutlichen Unterschied, ob wir im Freistaat auf einer geschickt getarnten Haushaltsblase sitzen oder es gar keine dramatische Haushaltslage gibt. Denn dann müssten vielleicht auch keine Tränen fließen.

Untersuchungsausschuss nimmt Müllimportstrategie der Staatsregierung und Brände unter die Lupe

Der Landtag hat im April auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion und der LINKEN und unter Zustimmung der SPD einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Abfallpolitik der Staatsregierung eingesetzt. Damit können jetzt die Müllimporte, die zahlreichen Brände und die gezielte Schwächung der Abfallüberwachung mit den Mitteln eines Gerichts untersucht werden.

Nachdem Deponien und Abfallbehandlungsanlagen in den neunziger Jahren viel zu groß geplant und gebaut worden waren, müssen diese heute gezielt durch Müll aus aller Herren Länder gefüllt werden. Sachsen steigerte den Import von Müll seit 2001 um nicht weniger als 800 Prozent. Der Freistaat liegt mit einer Importmenge von 800.000 Tonnen bundesweit an zweiter Stelle hinter dem weit größeren Nordrhein-Westfalen. Allein in Cröbern (Landkreis Leipzig) wurden zwischen 2003 und 2006 230.000 Tonnen Abfall der Deponieklasse III aus Italien geliefert, obwohl Cröbern nur auf die Deponieklasse II zugelassen war - jeweils mit Sondergenehmigung des Regierungspräsidiums Leipzig: Die CDU hat den Import gefährlichen Abfalls zum Geschäftsmodell gemacht!

Die Müllimporte aus Italien beschreiben nur die Spitze des Eisbergs. Der ehemalige Umweltminister Roland Wöllner hat dem Umweltausschuss im März 2007 den Import der berüchtigten Lieferung von 150.000 Tonnen unsortiertem Siedlungsabfall verschwiegen, der bis heute verschwunden ist. Das amtliche Notifizierungsdokument gab als Endverbleibsort Cröbern an. Trotzdem leitete der Betrei-

ber Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH 106.000 Tonnen nach Sachsen-Anhalt weiter. Dies ist rechtswidrig. Der zuständige Minister Frank Kupfer wagt dies nicht zu bestreiten. Er schweigt einfach und hofft, dass die Öffentlichkeit vergisst.

Zudem wurde das Dokument nachträglich handschriftlich verändert, man könnte auch sagen verfälscht. In Italien ermittelt die Staatsanwaltschaft und verdächtigt die Camorra, falsch deklarierten Müll nach Cröbern verschoben zu haben. Das Bundeskriminalamt spricht allgemein davon, dass die Müllverschiebungen qualitativ und quantitativ herausragend seien und kritisiert die unzureichende Überwachung. Bundesweite Medien wie der DER SPIEGEL, CAPITAL und Frontal 21 berichteten. Doch die Staatsregierung tut so, als ob sie das alles nichts angehe!

Seit 2003 hat es ungefähr 90 mal auf Recyclinganlagen oder Abfalllagerstätten in Sachsen gebrannt. Die Staatsregierung hat Ende 2007 auf Druck der GRÜNEN-Fraktion 208 Anlagen in Sachsen überprüfen lassen. Außerdem sollten die Behörden bei der Genehmigung mehr Wert auf den Brandschutz legen. Geholfen hat es nicht: Es brennt im gleichen Takt weiter. Wer neben einer solchen Anlage wohnt, kann sich schon mal ausrechnen, wann ein Feuer in der Nachbarschaft lodert. Mindestens einmal im Monat brennt es auf einer sächsischen Anlage. Unter Umständen werden wie zuletzt in Delitzsch zwei Tage lang giftige Luftschadstoffe freigesetzt. Selbst die Staatsregierung bestätigt in einem Drittel der Fälle Brandstiftung. Gefasst wurden Täter jedoch nie!

Es ist offensichtlich: Sachsen wird aus wirtschaftlichen Gründen zum Abfallstandort Europas. Und die Abfallüberwachung kann oder darf nicht durchgreifen. Die sogenannte Verwaltungsreform mit der Übertragung der Abfallbehörden auf die Kreise hat die Abfallüberwachung weiter geschwächt. Gerade hier sollen demnächst Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgebaut werden. Dahinter steckt ein perfides System. Die CDU hat Umweltschutz und -überwachung schon immer für ein lästiges Investitionshindernis gehalten. Der Freistaat lässt jetzt die Drecksarbeit des Personalabbaus von den Kreisen ausführen und wäscht sich die Hände in Unschuld.

Dieser Untersuchungsausschuss will aufklären und die Wertschätzung des Umweltschutzes heben. Wir wollen fragen, wie die derzeitige Misswirtschaft, die Sachsen wie eine Bananenrepublik behandelt, zu einer echten Rohstoffrecyclingwirtschaft verändert werden kann.

Feuer in Delitzsch

„Es brennt auffällig oft in Sachsens Anlagen zur Behandlung und Deponierung von Abfällen“ – so die Aussage vom Kriminaldirektor des LKA Sachsen, Volker Höhne, bei der Expertenanhörung Anfang Mai im Sächsischen Landtag.

Das letzte Feuer in den Kreiswerken Delitzsch war zu diesem Zeitpunkt nur einen Monat her. Zwei Tage lang, am 7. und 8. April, hatte nach Medienberichten nahe der 27.000 Einwohner-Stadt Delitzsch (Landkreis Nordsachsen) ein Großbrand zwei Hallen mit zirka acht Tonnen der sogenannten heizwertreichen Fraktion zerstört. Im Freien gelagerte, brennende Kunststoffballen sorgten für dichte, schwarze Rauchwolken. Nach offiziellen Angaben wurden dennoch keine Menschen durch die Rauchgase geschädigt.

Bei der Ermittlung der Schadensursache stellte die Landesdirektion Leipzig fest, dass die in den Kreiswerken gelagerte Menge Abfall um satte 853 Tonnen überschritten worden war. Auf wundersame Weise verringerte sich diese Menge allerdings innerhalb weniger Tage auf 93 Tonnen. Beanstandungen gab es keine mehr – also alles in bester Ordnung? Auf die Ergebnisse der eingeschalteten und noch ermittelnden Staatsanwaltschaft darf man gespannt sein.

Für die Abfallbeseitigung der Kreiswerke Delitzsch interessiert sich mittlerweile selbst Brüssel. Die EU-Kommission verlangt von der Bundesregierung bis Anfang Juli eine Stellungnahme zu den Vorwürfen illegaler Auftragsvergaben an die Kreiswerke Delitzsch. Die Abfallbeseitigung im Altkreis Delitzsch wurde 1992 ohne Ausschreibung an die Kreiswerke vergeben. Darin sieht

die EU eine Verletzung des Europäischen Wettbewerbsrechts.

Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort vermuten schon lange, dass es einen Zusammenhang zwischen der Auftragsvergabe und den – im sächsischen Maßstab – unverhältnismäßig hohen Müllgebühren in Delitzsch gibt.

Chronologie der Brände (Auswahl):

Nach Kleinen Anfragen der GRÜNEN-Fraktion (Drs. 4/9504) und (Drs. 5/684) hat es vom Jahr 2003 bis November 2009 etwa 90 mal in sächsischen Recyclingfirmen gebrannt. Darunter:

- ...❖ Ende 2006 Recyclinghof Ottendorf-Okrilla
- ...❖ Januar 2007 Müllaufbereitungsanlage Reichenbach-Schneidenbach (Vogtland)
- ...❖ Juli 2007 Lagerhalle der Firma CED, Chemnitz
- ...❖ Oktober 2007 Firma SERO, Leipzig
- ...❖ November 2007 Recycling Firma Beck, Zwickau
- ...❖ Januar 2008 Recyclingfirma in Freiberg
- ...❖ Juni 2008 Recyclingfirma A&T in Neustadt (Vogtland)
- ...❖ April 2009 Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft, MBA Cröbern
- ...❖ April 2009 MES Entsorgungs-GmbH, Leipzig
- ...❖ September 2009 Baufeld Mineralölraffinerie GmbH, Chemnitz
- ...❖ Oktober 2009 ALBA Leipzig

Foto: Marung-Bühr

GRÜNER Gesetzentwurf: Die Sonne braucht keine Genehmigung!



Die GRÜNE-Fraktion will Solaranlagen auf Dächern und an Fassaden von der Genehmigungspflicht befreien. Damit soll für alle, die in Sachsen eine Solaranlage betreiben wollen, endlich Klarheit geschaffen werden.

Bisher herrscht im Freistaat Genehmigungschaos. Manche Baubehörden verlangen eine Baugenehmigung für Photovoltaikanlagen, andere nicht. Manche verlangen eine vereinfachte Baugenehmigung, andere wiederum ein vollständiges und kostenpflichtiges Genehmigungsverfahren nach Paragraph 64 Sächsischer Bauordnung. Aufgrund dieser Unsicherheit der Baubehörden kommt es zu ständigen Nachforderungen, die die Dreimonatsfrist für eine Genehmigung schnell überschreiten. Zwar waren die Neubauzahlen 2009 in Sachsen bei

Solaranlagen mit 109 Megawatt installierter Leistung sehr beachtlich. Sie lagen jedoch deutlich unter denen in Süddeutschland, wo keine Genehmigung notwendig ist.

Nach der in Sachsen geltenden Rechtslage unterliegen Solaranlagen keiner Genehmigungspflicht, wenn Strom bzw. Wärme selbst genutzt wird. Wird der Strom hingegen ins Netz eingespeist, unterliegt die Anlage der Genehmigungspflicht. Diese Unterscheidung ist allerdings schon rein physikalisch unsinnig, da auch der ins Netz eingespeiste Sonnenstrom zunächst im Haus verbraucht wird. Nach dem Gesetzentwurf der GRÜNEN-Fraktion ist die Frage einer Einspeisung irrelevant und die so genannten gebäudegebundenen Photovoltaikanlagen benötigen generell keine Genehmigung.

Alle zusammen? Der schwierige Weg zu einer Schule für alle

Die Antwort der drei Schüler ist verstörend: Ja, sie wollten lieber weiter auf der Kö' bleiben. Nein, wenn sie nach Hause kommen, hätten sie keine „normalen“ Freunde. Die Kö' ist die Körperbehindertenschule in Chemnitz. Von weiten Teilen der Gesellschaft unbemerkt, werden rund 5 Prozent eines Jahrgangs, also Kinder, die Behinderungen, Sprachstörungen, Lernschwächen oder Verhaltensbesonderheiten aufweisen, auf Förderschulen verwiesen. Die Entscheidung treffen nicht die Eltern, sondern Behörden – Einsprüche sind meist zwecklos. Über 80 Prozent der Förderschülerinnen und -schüler erlangen keinen Abschluss und finden später keine Arbeit – der Großteil kommt aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien.

Dabei verpflichtet die 2009 in Kraft getretene UN-Behindertenrechtskonvention alle unterzeichnenden Staaten unmissverständlich, dass auch Schülerinnen und Schüler mit Behinderung der Besuch einer allgemeinbildenden Schule gewährleistet werden muss. Demzufolge sollen nicht mehr die Förderschulen, sondern allgemeinbildende Grund- und Mittelschulen sowie Gymnasien der reguläre Lernort für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sein.



Foto: Lisa F. Young - Fotolia.com

Eltern müssen selbst entscheiden dürfen, ob ihr Kind eine Förderschule oder eine Regelschule besuchen soll. Jedes Jahr, das hierbei ungenutzt vergeht, schadet den Kindern und kostet unnötig Geld.

Auch wenn es zunächst so scheint, geht es bei der Schaffung eines inklusiven Bildungssystems nicht um einen kleinen Randbereich, sondern um die Zukunft der Schule insgesamt. Denn die Inklusion von Schülerinnen und Schülern, die „anders“ sind, setzt eine individuelle Lernkultur voraus, die das derzeitige Verständnis von Schule vom Kopf auf die Füße stellt.

Termin

**All inclusive!
Wege zu einer Schule
für alle – Fachtagung
Samstag, 4. September**

10 – 17 Uhr

Deutsches Hygienemuseum,
Lingnerplatz 1, 01069 Dresden

Anmeldung: jan.schubert@slt.sachsen.de

Staatsregierung ignoriert Lehrermangel

Gab es in Sachsen aufgrund des Schüler-rückgangs lange rein rechnerisch zu viele Lehrerinnen und Lehrer, kämpft der Freistaat künftig mit dem anderen Extrem: Lehrermangel. Einem für das Schuljahr 2015/2016 prognostizierten Einstellungsbedarf von bis zu 1.300 Lehrerinnen und Lehrern stehen lediglich 862 Studienanfängerinnen und -anfänger im Studienjahr 2009/2010 gegenüber. Um den Bedarf zu decken, müssten die Kapazitäten der Lehramtsausbildung verdoppelt werden.

Die GRÜNE-Fraktion fordert deshalb die schnellstmögliche Einrichtung von Lehramts-Masterstudiengängen für Grund- und Mittelschule an der TU Dresden. Zugleich sind die Lehramts-Masterstudiengänge so auszubauen, dass sie die voraussichtliche Anzahl von Bachelor-Absolventinnen und Absolventen aufnehmen können. Die Fraktion regt zudem an, auch Chemnitz als Studienstandort für Lehrerausbildung zu prüfen.

Die Staatsregierung ging auf derlei Vorschläge der Opposition bislang nicht ein. Sie will laut Kultusminister Roland Wöllner (CDU) erst einmal eine Kommission für die Zukunft der Lehrerausbildung gründen. Wie sinnvoll diese ist, wenn bereits die Verkürzung und „Entschlackung“ der Studiengänge verkündet wurde, bleibt das Geheimnis von CDU und FDP. Soll die Kommission etwa nur ein Deckmäntelchen für die Problemlösung nach dem Prinzip „schneller, kleiner, billiger“ sein? Die Debatte um die Bekämpfung des Lehrermangels hat erst begonnen.

GRIBS – der Sächsische Kinderrechtspreis

Deutschland hat 1992 die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet. Zentraler Inhalt ist, Kindern und Jugendlichen unabhängig von Herkunft und Geschlecht, das Recht auf besonderen Schutz, die Förderung ihrer Entwicklung sowie Partizipation und Beteiligung einzuräumen.

In Sachsen dominieren zurzeit vor allem Schutzrechte und Fürsorge, wenn es um Kinderrechte geht. Zweckfreies und experimentierendes Gestalten von Kindern und Jugendlichen haben hier kaum einen Stellenwert. Das beweisen die jüngsten drastischen Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe. Die Diskussion um Beteiligungs- und Partizipationsrechte wird immer wieder auf die Frage des Wahlalters oder auf Kinder- und Jugendparlamente verkürzt.

Um die Verankerung aller UN-Kinderrechte in Sachsen zu stärken, lobt die GRÜNE-Fraktion 2010 nach ihren zahlreichen parlamentarischen Initiativen der vergangenen Wahlperiode erstmals einen Preis für die Förderung und Umsetzung der Kinderrechte - kurz „GRIBS“ - aus.

Ab dem 1. Juni können sich Projekte, Initiativen und Aktionen bewerben, die mindestens ein Kinderrecht aus den Bereichen Schutz-, Beteiligungs- und Entwicklungs-

rechte zum zentralen Bestandteil haben. Bedingung ist, dass die Projekte und Aktionen in Sachsen verortet sind, in den Jahren 2009 und/oder 2010 durchgeführt oder mindestens begonnen wurden. Die Vorhaben müssen von und mit mindestens fünf Kindern im Alter zwischen 6 und 12 Jahren entwickelt bzw. durchgeführt werden.

Bis zum 1. September 2010 haben Kinder sowie begleitende und interessierte Erwachsene und Einrichtungen die Möglichkeit, Vorschläge und Bewerbungen einzureichen.



Weiterführende Infos

www.kinderrechtspreis.de

Termin

1. Juni 2010: Beginn der Ausschreibung für den 1. Sächsischen Kinderrechtspreis

1. September 2010: Bewerbungsschluss für den 1. Sächsischen Kinderrechtspreis

19./20. September 2010: Jurysitzungen im Sächsischen Landtag

20. November: GRÜNER Kinderrechtsempfang im Sächsischen Landtag

Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich gehen an die Substanz

Die Kürzungen des Sozialministeriums für 2010 sind eine herbe Enttäuschung für alle, die sich seit Jahren für die Jugend- und Sozialarbeit engagieren. Ohne eine Verständigung über Prioritäten mit betroffenen Vereinen und Einrichtungen sowie ohne Rücksicht auf den 2009 beschlossenen Landesjugendhilfeplan wurde der Rotstift angesetzt. Zahlreiche Angebote und Projekte stehen nach den bereits 2009 vollzogenen Kürzungen spätestens jetzt vor dem Aus. Als nächstes drohen Kündigungen und Einschnitte beim Personal, weil die Träger und Einrichtungen weitere Kürzungen nicht mehr ausgleichen können.

In der Jugendhilfe und bei der Jugendpauschale für die Kommunen wurden 7,7 Millionen Euro gekürzt. Die Hälfte der Einsatzstellen bei den Jugendfreiwilligendiensten (FSJ) werden vom Land nicht mehr gefördert. Auch präventive Sozialarbeit findet nach dieser „Haushaltskonsolidierung“ so gut wie nicht mehr statt. Ein Drittel, 600.000 Euro, muss der Bereich Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einsparen. Die Suchtkrankenhilfe büßt 500.000 Euro ein, das ist ein Viertel ihres Gesamtbudgets. Bei der ambulanten Versorgung psychisch kranker Menschen werden 300.000 Euro gestrichen. Die AIDS-Hilfe verliert mit 130.000

Euro ein gutes Drittel ihres bisherigen Etats. In der Hospizarbeit wird ein Viertel (140.000 Euro) gekürzt. Für die Gleichstellungsarbeit stehen 800.000 Euro und die Arbeit der Wohlfahrtsverbände 500.000 Euro weniger zur Verfügung.

Bedenkt man, wie leichtfertig die Staatsregierung an anderen Stellen mit vielen Millionen jongliert – siehe die Prestige-Straßenbauprojekte im Freistaat oder auch das bereits arg strapazierte Beispiel der verzockten Landesbank, machen die Kürzungen im Sozialbereich besonders wütend und fassungslos.

Termine

Tag der Sachsen

3. – 5. September

10.00 – 20.00 Uhr

Infostand der Fraktion auf dem Tag der Sachsen in Oelsnitz (Erzgeb.)

Tagung: All inclusive! Wege zu einer Schule für alle

4. September

10.00 – 17.00 Uhr

Dresden, Deutsches Hygienemuseum, Lingnerplatz 1

4. Sächsischer Klimakongress der GRÜNEN-Fraktion im Sächsischen Landtag

4. Dezember

10.00 – 17.00 Uhr

Dresden, Theater Wechselbad, Maternistr. 17

Anmeldung: www.wir-sind-klima.de

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie genaue Orts- und Programmangaben unter www.gruene-fraktion-sachsen.de

Eva Jähnigen zum GRÜNEN-Bahn-Antrag:
„Für die Deutsche Bahn steht derzeit der Buchstabe „P“ – Prestigeprojekte, Probleme und Pannen.“

Antje Hermenau zur Spardebatte gegenüber der FDP:
„Sie bezeichnen sich und ihre Ideen als gefährlich. Sie sind allgemeingefährlich!“

Karl-Heinz Gerstenberg zur Großen Anfrage „Freie Software in Sachsen“:
„Die Regierung besitzt vor allem keine zeitgemäße IT-Strategie. Kriterien der Nachhaltigkeit und Sicherheit spielen offenbar eine untergeordnete Rolle, ebenso wie mittel- und langfristige Einsparmöglichkeiten.“

Antje Hermenau zur Regierungserklärung anlässlich des Euro-Rettungsschirms:
„Warum machen wir es nicht wie Spanien und kürzen die Ministerbezüge um 5 Prozent? Das würde ich Ihnen, liebe Minister, für ihre Klausur zum Haushalt empfehlen.“

Karl-Heinz Gerstenberg zum GRÜNEN-Antrag zur Absicherung des Lehramtsstudiums:
„Die zuständigen Minister haben in den letzten Jahren das im Regen stehen gelassen, was sie hätten in trockene Tücher bringen müssen.“

Lärm nervt und macht krank

Anlässlich des Internationalen Aktionstags gegen Lärm am 28. April luden die GRÜNE LIGA e.V., der Leipziger Ökolöwe und die Landtagsabgeordnete Gisela Kallenbach (GRÜNE) zu einem Lärmspaziergang durch die Leipziger Innenstadt ein. Akustiker Marc Wiemers (GRÜNE LIGA e.V.) führte den Lärmspaziergang und vermittelte Grundkenntnisse zur EU-Umgebungs-lärmrichtlinie, Lärmkartierung und Aktionsplanung. Aus den öffentlichen Lärmkarten geht hervor, dass in Sachsens Großstädten die gesundheitsverträglichen Lärmpegel oft überschrit-

ten werden. Unter öffentlicher Mitwirkung stehen diese Städte in der Pflicht Lärmaktionspläne aufzustellen.

Mit Unterstützung der GRÜNEN-Landtagsfraktion demonstrierten zum wiederholten Mal Anwohner und Künstler auf der Autobahnbrücke bei Mutzschen gegen den Lärm vor ihrer Haustür. Mit Aufzeichnungsgeräten in den Häusern soll der Straßenlärm mitgeschnitten und ins Internet gestellt werden, um die Situation der Anwohner zu verdeutlichen. Der Lärm ist zu hören unter www.kunst-natur-a14.de.



Publikationen



Bestellen

Die neue Broschüre „Bologna weiter machen“, das Falblatt zum Strompreis sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über: publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/4934800
Telefax: 0351/4934809
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Andreas Jähnel (V.i.S.d.P.),
Anne Vetter, Katrin Richter, Grit Ebert